

Bonn, 10. Mai 1951

Anwesend: Adenauer, Bach, Cillien, Dichtel, Frau Gröwel, Hilpert, Holzapfel, Kaiser, Kather, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendörfer, Zimmer sowie Albers, Hofmeister, Pferdmenes, Wiedemeier als Gäste und Lubbers.

Aufbau der Bundesgeschäftsstelle und ihre Organisation: Plan des Gesamtaufbaus der Partei, gegenwärtiger Stand, Finanzierung; Finanzierung und Organisation der Bundespartei. Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Bericht Adenauers zur politischen Lage.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde Johannes Albers¹ zur Vorstandssitzung zugezogen.

Adenauer erklärte einleitend, seit Goslar seien sieben Monate vergangen, und die Organisation sei nach wie vor unbefriedigend. Er sage das ohne Vorwurf gegen irgend jemanden und stelle nur fest, daß die Organisation bei den seitherigen Landtagswahlen versagt habe. Auf der Bundesgeschäftsstelle habe niemand die Verantwortung gehabt. Er habe den Chefredakteur Lubbers² gebeten, vorläufig die Leitung zu übernehmen. Dieser habe sich gewehrt wegen seiner journalistischen Aufgabe, aber es habe eine Entscheidung getroffen werden müssen. Dagegen seien Bedenken erhoben worden, aber er als Vorsitzender verantwortete die Entscheidung. Adenauer erläuterte dann den Stand des „Wirtschaftsbildes“ (in der Anlage beigelegt)³. Die Entwicklung sei nicht befriedigend, und mit dem bisherigen Ergebnis sei die Bundespartei nicht zu finanzieren.

Holzapfel wehrte sich gegen die Darstellung des Vorsitzenden. Zwar sei im Oktober die Bundespartei gegründet worden, aber vor Dezember sei nichts getan worden. Es seien also nur fünf Monate versäumt worden. Über die Finanzen habe es lange Aussprachen gegeben, und etwa eineinhalb Monate habe auch mit den Landesverbänden verhandelt werden müssen. Als Ergebnis sei Anfang März der

1 Johannes Albers (1890–1963), 1919–1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln, Mitgründer der CDU in Köln (bis 1962 Vorsitzender), 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1949–1957 MdB, ab 1958 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU. Vgl. Herbert HÖMIG in *LEBENSBLDER* 5 S. 205–222.

2 Heinz Lubbers (1902–1970), Mitgründer der CDU Westfalen, nach 1948 Chefredakteur des DUD, 1951–1952 kommissarischer CDU-Bundesgeschäftsführer, dann Redakteur bei der Deutschen Welle.

3 Mit Wirkung vom 1. Januar 1951 war das „Wirtschaftsbild“ von Bruno Dörpinghaus auf Ernst Bach übergegangen. – Anlage fehlt in Vorlage; vgl. „Abonnenstand des Wirtschaftsbildes“ Stichtag 1. Mai 1951 in StBKAH 05.05 Akte II, 4.

Plan für die Bundesgeschäftsstelle genehmigt worden. Man könne die Entwicklung nicht in Bausch und Bogen als unbefriedigend bezeichnen. Bisher seien gute Leistungen erzielt worden. Das „Wirtschaftsbild“ habe bis zum Dezember 1950 Herrn Dörpinghaus gehört. Der 5er-Ausschuß⁴ habe dort Zustände vorgefunden, die jeder Beschreibung spotteten. Er selbst habe wegen Schutz⁵ vor dem Staatsanwalt erscheinen müssen. Schutz habe hinter dem Rücken des Vorstandes statt des „Wirtschaftsbildes“ den „Wirtschaftsring“⁶ gegründet, bis der Bundesschatzmeister und Dr. Holzapfel selbst hinter sein Treiben kamen. Schutz habe zuerst einen Vergleich unterschrieben, dann aber Anzeige wegen Erpressung erstattet.

Adenauer betonte, diese Darstellung gehe neben der Sache her. Die Zahlen für das Rheinland, Südbaden und Hessen sprächen dafür, daß mehr hätte erreicht werden können.

Holzapfel betonte, der Bundesschatzmeister und er selbst hätten nicht überall sein können. In Schleswig-Holstein seien gemeinsam mit Minister Erhard⁷, Dr. Pferdenges⁸, Bach und ihm an einem Tag über 80 Abonnements für das „Wirtschaftsbild“ hereingebracht worden. Bach und er seien herumgereist und hätten getan, was sie konnten. Außerdem habe er selbst in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sowie in Kassel und Waldeck je eine Woche geredet. Dazu habe er seine Abgeordnetenpflichten erfüllen müssen. Die Werbung in Niedersachsen sei wegen der Wahl⁹ zurückgestellt worden. Bremen habe auch um eine Verschiebung gebeten. Westfalen allerdings müßte kritisiert werden. Der Landesverband habe die Absicht gehabt, die 270 Abonnements aus der Landesverbandskasse zu bezahlen, aber hinterher habe sich der Vorstand doch für eine Sonderwerbung entschlossen. Westfalen werde sein Soll erfüllen. Es sei heute schwer, von der Wirtschaft Geld zu bekommen. Immerhin seien 583 Abonnenten ein gutes Ergebnis, man könne damit

4 Mitglieder des in der 1. Sitzung bestellten 5er-Ausschusses: Ernst Bach, Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser, Kurt Georg Kiesinger, Alois Zimmer (vgl. Nr. 1 S. 8).

5 Karl Schutz, Diplomvolkswirt, war Redakteur und Verlagsleiter des „Wirtschaftsbildes“. Nach dem Ausscheiden von Schutz 1951 aus der Redaktion prozessierte auch Bach gegen ihn wegen widerrechtlicher Aneignung von Vermögen des „Wirtschaftsbildes“ (vgl. Bestand Kiesinger ACDP I-226-058).

6 Näheres nicht zu ermitteln.

7 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), bis 1942 stv. Leiter des Instituts für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, 1942 Leiter des Instituts für Industrieforschung, 1945–1946 Staatsminister für Wirtschaft in Bayern, 1947 Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit, 1948–1949 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1972 MdB, 1949–1963 Wirtschaftsminister (1957–1963 zugleich Vizekanzler), 1963–1966 Bundeskanzler. Vgl. Klaus HILDEBRAND in DIE GROSSEN DEUTSCHEN S. 368–378.

8 Dr. Robert Pferdenges (1880–1962), Mitgründer der CDU Rheinland, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1950–1962 MdB, Finanz- und Wirtschaftsberater Adenauers. Vgl. Wilhelm TREUE in RHEINISCHE LEBENSBIlder 7 S. 271–293.

9 Die Wahl zum 2. Niedersächsischen Landtag fand am 6. Mai 1951 statt.

zufrieden sein. Zwar seien zwei Monate versäumt worden, aber man habe erst im „Wirtschaftsbild“ einmal aufräumen müssen, um gesunde Grundlagen zu schaffen. Das habe vorher nicht vorausgesehen werden können.

Adenauer erklärte, das alles sei zwar zutreffend, aber aus allen Landesteilen kämen Klagen an ihn, daß die Bundesgeschäftsstelle nicht funktioniere.

Bach wies darauf hin, daß das „Wirtschaftsbild“ von Hessen ausgegangen sei und daß der derzeitige Stand kein Verdienst des Landesverbandes sei. Er wiederholte die Darstellungen Dr. Holzapfels wegen Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz. DM 75.000,- habe er für die Abwicklung der Zone und DM 30.000,- für die Abwicklung des Generalsekretariats geben müssen.

Adenauer: Die Zone hatte Geld und die Zone war in Ordnung.

Bach: Außerdem seien DM 10.000,- bei Conti¹⁰ abzudecken gewesen, die auf Konto des Generalsekretariats kämen. Die ganze Angelegenheit sei ein Sauhaufen gewesen.

Adenauer: Das ist übertrieben.

Bach: Die Affäre Schutz kann man nicht anders als einen Sauhaufen bezeichnen.

Adenauer: Zugunsten des Generalsekretariats müsse gesagt werden, daß die Partei es jahrelang vernachlässigt habe. Dörpinghaus habe sich mit ganzer Hingebung der Organisation gewidmet, und Dörpinghaus habe Dinge für die Partei getan, die oft an die Grenze des Tragbaren gegangen seien.

Bach erklärte, es handele sich nicht nur um Schutz, sondern für das „Wirtschaftsbild“ habe auch ein Mann gearbeitet, der bereits im Gefängnis gesessen habe. Man habe jeden Betrieb aufsuchen müssen, weil Schutz bereits für DM 180.000,- Verträge abgeschlossen habe, die größtenteils dem „Wirtschaftsbild“ zurückgewonnen wurden. Bei jeder Beurteilung der Arbeit des 5er-Ausschusses müsse man die Voraussetzungen berücksichtigen. In Hamburg und in Hessen wird noch im Mai die Werbung durchgeführt. Westfalen habe bisher monatlich DM 7.000,- für das „Wirtschaftsbild“ vom Landesverband bezahlt. Der Abonnementsausfall in Westfalen wird kein Schaden für die Bundesgeschäftsstelle sein. Manches habe auch daran gelegen, daß der Landesgeschäftsführer Blank¹¹ verunglückt sei.

10 Offensichtlich Zahlungsrückstände der Firma Continental. – Einzelheiten nicht zu ermitteln.

11 Joseph Blank (geb. 1913), 1947–1949 Kreisgeschäftsführer CDU Lüdenscheid, 1950–1958 Landesgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1958–1962 Staatssekretär im Wiederaufbauministerium, 1962–1963 Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und Öffentliche Arbeiten von Nordrhein-Westfalen (Erinnerungen: „Stress“. Der Lebensweg eines politischen Organisators. Ms. o.O. o.J., zur Frage des Bundesgeschäftsführers S. 47f.).

*Simpfendörfer*¹² bemängelte, daß für Württemberg-Baden eine Werbetagung vereinbart, aber nicht eingehalten worden sei.

Adenauer sagte, man solle sich nicht über schuldig oder nicht schuldig unterhalten. Man müsse die Dinge sehen, wie sie tatsächlich liegen. Tatsache sei, daß sechs bis sieben Monate verstrichen seien, ohne sonderlich etwas zu erreichen. Es habe keinen Sinn, rückwärts zu sehen, sondern man müsse für die Zukunft arbeiten. In zwei Jahren sei die neue Bundestagswahl. Wenn nicht sofort mit den Vorbereitungen dafür begonnen würde, befürchte er das Schlimmste. Man müsse sich klar machen, was es für Deutschland bedeute, wenn Schumacher¹³ Erfolg haben würde. Es müsse so schnell wie möglich gehandelt werden.

Pferdmenges betonte, von den 585 Abonnenten des „Wirtschaftsbildes“ seien sehr viele Bezieher bereits vor Beginn der Neuorganisation vorhanden gewesen. Die Gesamtlage in der Wirtschaft sei schwierig. Die Steuern seien gestiegen. Manche Kreise seien wegen der Mitbestimmung¹⁴ verärgert, aber die Wirtschaft beginne sich doch davon zu überzeugen, daß nur die CDU die richtige Politik führen könne. Die Wirtschaft sei bereit, die Partei zu unterstützen. Man müsse sie nur richtig ansprechen. Die Wirtschaft sei durchaus zahlungswillig. Der Kanzler könne helfen, wenn manche steuerliche und bürokratische Schwierigkeiten aus der Welt geschaffen würden.

Es schließt sich eine kleine Debatte um das „Wirtschaftsbild“ an.

Dichtel berichtete über eine Werbesitzung für das „Wirtschaftsbild“, bei der Bach beste Arbeit geleistet und Minister Erhard gut gewirkt habe. Die CDU müsse mit ihren Ministern mehr wuchern. Südbaden wolle jetzt gern den Finanzminister Schäffer¹⁵ sehen.

12 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1929–1933 Mitglied des Reichsvorstands des CSVD, 1930–1933 MdR (Fraktionsvorsitzender), Mitgründer der CDU Nordwürttemberg, 1946–1960 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1946–1947 Kultusminister von Württemberg-Baden, 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1953–1958 Kultusminister von Baden-Württemberg.

13 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), 1924–1931 MdL Württemberg (SPD), 1930–1933 MdR, 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. Stephan G. THOMAS in DEMOKRATEN S. 247–256; Willy ALBRECHT: Kurt Schumacher. Bonn 1985.

14 Das „Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie“ wurde am 10. April vom Bundestag verabschiedet und am 21. Mai 1951 verkündet (BGBl I S. 347; MÜLLER-LIST).

15 Fritz Schäffer (1888–1967), 1920–1933 MdL Bayern (BVP), 1929 Landesvorsitzender der BVP, 1931–1933 Staatsrat und Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Mitgründer der CSU, 1945 Ministerpräsident von Bayern, 1946 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands München-Stadt, 1948 des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1949–1961 MdB, 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. FRANZ MENGES in LEBENSBIlder 6 S. 139–152.

Schröter erklärte, es sei nicht schwer, das notwendige Geld für die Bundesgeschäftsstelle aufzubringen. Die Schuld für die bisherige Entwicklung liege weniger bei Dr. Holzapfel und Bach, sondern bei den Vorsitzenden der Landesverbände, die die Zentrale nicht genügend unterstützen.

Hilpert erklärte, was Dr. Holzapfel und Bach erreicht hätten, sei enorm. Das „Wirtschaftsbild“ werde immer besser und beginne auch für sich selbst zu werben. Die Landesverbände müssen sich dafür einsetzen, weit über ihr Soll hinauszukommen, da sie mit dem Überhang sich selbst finanzieren können. Für die Werbung seien aber die Wirtschaftskonferenzen von entscheidender Bedeutung.

Adenauer erklärte, die Minister könnten nicht permanent reden. Schäffer könne jeden Augenblick zusammenklappen. Die Hauptarbeit müsse von den Landesverbänden geleistet werden.

Dichtel und *andere* betonten aber die Notwendigkeit der Hilfe durch den Bund.

Bach wies darauf hin, daß die Landesverbände fünf Jahre nebeneinander hergelaufen seien. Die Organisation sei stark vernachlässigt. Finanziell herrsche keine Ordnung. Die beiden Sekretariate in Köln und Frankfurt konnten erst zum 31. März auslaufen. Auch dadurch sei eine Verzögerung entstanden. Die Arbeit auch in den Landesverbänden müsse mehr ineinanderfließen. Es dürfe nicht nur für das „Wirtschaftsbild“ gearbeitet werden, sondern auch die Wahlen müßten vom Bund finanziert werden. Alles hänge davon ab, ob in zwei Jahren Finanzen und Organisation so in Ordnung seien, daß man der Bundestagswahl mit Ruhe entgegensehen könne. *Bach* erläuterte dann seine Absprache mit Dr. Pferdenges über die Finanzierung und seine weiteren Pläne. Das Ziel sei, monatlich mindestens DM 100.000,- flüssig zu machen. Die „Union in Deutschland“¹⁶ müsse mit oder ohne Entgelt bis zum letzten Vertrauensmann der Partei kommen. Im übrigen sei es wesentlich einfacher, eine neue Organisation aufzubauen als aus zwei Organisationen eine zu machen.

Adenauer betonte nochmals, es sei nicht seine Absicht, Dr. Holzapfel oder *Bach* eine Schuld zuzuschreiben, sondern er denke nur mit Sorge an die kommenden Bundestagswahlen. *Bach* habe selbst in einem Brief an ihn festgestellt, daß außerhalb Westfalens und des Rheinlands von Organisation keine Rede sein könne. Wenn es wirklich so sei, dann könne ihm angst und bange werden. Der Vorsitzende gab zu überlegen, ob nicht die Organisation der Landesverbände vom Vorstand und der Bundesgeschäftsstelle mehr unterstützt werden könne. Er stellte die konkrete Frage, ob es nicht besser sei, die Landesgeschäftsführer von der Zentrale einzustellen und zu besolden.

Simpfendörfer erklärte sich für seinen Landesverband zu jeder Arbeit und Maßnahme bereit. Aber man brauche in den Landesverbänden die Minister, damit sie insbesondere der Wirtschaft ihre Politik klarmachen könnten.

¹⁶ Der Informationsdienst „UiD“ war im März 1949 aus der Ausgabe C des „DUD“ hervorgegangen (vgl. Anm. 17).

Kaiser wies auf den Unterschied zwischen der Organisation der SPD und der CDU hin. Die Grundlage der SPD-Organisation seien die Mitglieder und die Mitgliederbeiträge. Der Kanzler habe gesagt, er sei ungehalten, aber nicht nur über den Vorstand, sondern auch gegen sich selbst. Der Minister fuhr fort, er sei oft nicht mehr zum 5er-Ausschuß gegangen, weil er das Anhören der Vorgänge um Schutz usw. leid geworden sei. Er habe gehofft, heute zu hören, daß die Dinge ohne Anrufung der Gerichte in Ordnung gebracht seien. Der Kanzler habe die Ernennung von Lubbers autoritär vollzogen. Die Absicht mit Kiesinger sei fehlgegangen. Es sei immer davon gesprochen worden, Blank zum Bundesgeschäftsführer zu machen, und er sei erstaunt, daß er jetzt doch nicht zur Verfügung stehe. Lubbers sei in der Publizistik unentbehrlich. Man brauche einen Bundesgeschäftsführer, der mit ganzer Kraft sich der Aufgabe widmen und bei den Landesverbänden Autorität gewinnen könne.

Adenauer bat, zunächst die Personalfragen zurückzustellen. Er wiederhole, ohne gute Landesgeschäftsführer sei eine Organisation nicht möglich. Wenn man den Landesparteien die Organisation ganz überlasse, dann sei es zweifelhaft, ob etwas zustande komme. Die Zentrale müsse unbedingt helfen. Wenn die Landesverbände nicht in Ordnung kämen, dann nutze auch eine gute Bundesgeschäftsstelle nichts. Dr. Adenauer betonte, er sei auch mit sich selbst unzufrieden. Er könne nicht zugleich Bundeskanzler sein und sich als Vorsitzender um die Dinge der Partei so kümmern, wie es sein müßte. Er glaube, es sei den Interessen der CDU am besten gedient mit einer stärkeren Einflußnahme des Vorstandes auf die Landesparteien.

Holzappel sagte, auch der 5er-Ausschuß wolle die gesamte Partei durchorganisieren und habe dafür folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Das „Wirtschaftsbild“ solle die Bundesgeschäftsstelle und die Arbeiten der Bundespartei finanzieren.
2. Die Landesverbände müßten finanziell durchorganisiert werden mit Hilfe der „Monatsblätter“, wie es in Westfalen bereits der Fall sei.
3. Die „Union in Deutschland“ müsse an jeden Amtsträger und Vertrauensmann der Partei gelangen, sie käme aber bisher nicht einmal in jede Kreispartei.
4. Der „Deutschland-Union-Dienst“¹⁷ müsse der Infiltration der Presse vorbehalten bleiben.

In Westfalen sei alles durcheinandergeraten durch die Sammlungen von Schmalz für die Erste Legion.

Adenauer bat nochmals, sich auf das Thema zu konzentrieren und über die Organisation der Landesverbände zu sprechen.

Majonica sprach sich für eine stärkere Einwirkung der Zentrale auf die Landesverbände aus. Er warnte aber davor, eine Nivellierung zu Ungunsten der guten Landesverbände durchzuführen.

Bach forderte, die Angestellten auch finanziell vollkommen sicherzustellen. Die

17 Pressedienst der CDU und CSU, seit 1947 Frankfurt, seit 1951 Bonn.

Landesgeschäftsführer müßten von der Zentrale bezahlt, aber den Landesverbänden unterstellt werden. So ergebe sich auch die Möglichkeit, Landesverbandsgeschäftsführer untereinander auszutauschen. Die Landesverbände ihrerseits müßten die Kreisgeschäftsführer bezahlen. Man könne die CDU nicht zentralistisch wie die SPD, sondern man müßte sie föderalistisch organisieren. Es sei empfehlenswert, die Kreisgeschäftsführer mit Gehalt und Provision einzustellen. Die Besoldung der Kreisgeschäftsführer müsse einheitlich gestaltet werden. Z. Z. sei die Bezahlung zu unterschiedlich.

Adenauer stellte als einheitliche Meinung des Vorstandes grundsätzlich fest, es sei anzustreben, die Landesgeschäftsführer durch den Bund und die Kreisgeschäftsführer durch die Landesverbände zu besolden.

Simpfendorfer kann sich dieser Meinung noch nicht anschließen, da sein Landesverband anders als Westfalen organisiert sei.

Adenauer erkannte an, daß die Verhältnisse verschieden seien, aber gerade dadurch gerate alles ins Stocken. Wenn man sich auf das Prinzip einige, die Landesgeschäftsführer durch die Zentrale zu besolden, käme man nicht mit dem „Wirtschaftsbild“ aus, sondern müsse nach zusätzlichen Geldquellen suchen.

Zimmer beantragte, nicht so radikal zu verfahren, wie Bach es vorgeschlagen habe. Man solle die Landesgeschäftsführer zum Teil durch den Bund, zum Teil durch die Landesverbände besolden. Mit den Landesverbänden solle eine Vereinbarung getroffen werden, daß sie einen Teil der Aufgaben des Bundes übernehmen und dafür der Bund einen finanziellen Zuschuß leiste.

Adenauer hielt eine Vereinbarung mit den Landesverbänden für durchaus notwendig, aber es müsse unter allen Umständen ein Einfluß des Vorstandes auf die Arbeit in den Landesverbänden gesichert werden.

Pferdmenges hielt eine möglichst zentrale Lösung für angebracht. Er stelle aber die konkrete Frage: Wieviel Geld brauchen wir, um die Besoldung der Landesgeschäftsführer zu finanzieren und um einen Fonds zu schaffen, der für die politischen Aufgaben ausreicht.

Albers hielt eine Stärkung der Parteizentrale für notwendig. Man müsse aufräumen mit der schlechten Bezahlung der Geschäftsführer und der Angestellten. Die Sozialhaltung der Partei müsse sich besonders in den Gehältern ihrer Mitarbeiter ausdrücken. Die Geschäftsführer müßten die Partei durch Mitgliederwerbung stärken. Die Mandatsträger müßten stärker zur Finanzierung der Partei herangezogen werden. In der SPD bezahle jeder Bundestagsabgeordnete monatlich DM 200,- und in Nordrhein-Westfalen jeder Landtagsabgeordnete DM 100,- an die Zentrale. Außerdem müsse man die Finanzkraft der Leute mehr ausnutzen, die durch die Partei in gute Stellungen gekommen sind.

Adenauer stellte drei konkrete Fragen:

1. Sollen die Landesgeschäftsführer grundsätzlich von der Zentrale besoldet werden?
2. Welchen Betrag erfordert das?

3. Wie bringen wir die Mittel auf?

Dichtel empfahl ein Vorgehen Schritt für Schritt. Er gehe in der zentralistischen Regelung nicht so weit wie Bach. Auch er empfahl eine stärkere Heranziehung der Mandatsträger für die Finanzierung, die in seinem Landesverband schon erfolgt sei. Den Landesverbänden müsse der Einfluß auf den Landesgeschäftsführer belassen werden.

Bach betonte, nicht die Zentrale solle die Landesgeschäftsführer bestimmen. Das sei natürlich Sache der Landesverbände. Durch eine zentrale Besoldung der Landesgeschäftsführer müsse man sie aber unabhängiger machen gegen lokale Strömungen in den Landesverbänden.

Bei einer ersten Abstimmung erklärten sich acht Stimmen für die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch die Zentrale, eine dagegen, die übrigen enthielten sich.

Dichtel gab dazu die Erklärung ab, die Enthaltungen seien erfolgt, weil die Stellungnahme der Landesverbände noch nicht zu übersehen sei. Grundsätzlich wolle man die Maßnahme durchführen.

Adenauer empfahl, in den Vorständen der Landesverbände zu versuchen, die vorgeschlagene Regelung zu erreichen. Er stellte die Frage, wie das Geld zur Besoldung der Landesgeschäftsführer aufgebracht werden könne.

Bach warnte davor, die Sonderziffer des „Wirtschaftsbildes“ für den Bund zu erhöhen. Er stellte die Frage an Dr. Pferdenges, ob er eine Möglichkeit sähe, auf anderem Wege monatlich DM 25.000,- für den gedachten Zweck aufzubringen.

Pferdenges bejahte die Frage, wenn die steuerlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können.

Adenauer (zu Pferdenges): Sie werden sich also dafür einsetzen?

Pferdenges: Ja, ich werde das tun.

Adenauer stellte dann die Frage, ob den Landesverbänden empfohlen werden müsse, die Kreisgeschäftsführer durch den Landesverband zu bezahlen.

Dichtel meinte, das sei zwar schon der nächste Schritt, aber wenn die Landesverbände durch die Besoldung des Landesgeschäftsführers vom Bund aus entlastet würden, könne man das Geld in die Kreise stecken.

Adenauer stellte als allgemeine Ansicht des Vorstandes fest, daß den Landesverbänden empfohlen werden soll, das Gehalt der Kreisgeschäftsführer auf den Landesverband zu übernehmen.

Es entspann sich eine kurze Debatte über die Höhe der Kosten für eine solche Regelung, die aber zu keinem Ergebnis führte.

Hilpert empfahl, keine allzu starre Regelung zu treffen, sondern den Beschluß nur als Richtschnur gelten zu lassen.

ORGANISATION DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Holzapfel schilderte die Maßnahmen des 5er-Ausschusses beim Zusammenschluß des Generalsekretariats und der Zonengeschäftsstelle zur Bundesgeschäftsstelle und erläuterte dann den vorgelegten Stellenplan. Sechs von zehn vorgesehenen Referaten seien bereits besetzt. Dringlich sei die Besetzung des Kulturreferates, des Vertriebenenreferates, des Ostreferates und des Agrarreferates.

*Kather*¹⁸ bat, das Vertriebenenreferat, das in der Hauptsache organisatorische Aufgaben habe, möglichst bald zu besetzen.

Adenauer forderte die Einstellung einer hervorragenden Kraft für die Organisation, die auch stellenmäßig herausgehoben werden solle.

Dichtel meinte, der Organisationsleiter müsse direkter Vertreter des Bundesgeschäftsführers sein.

Adenauer bezeichnete es als Aufgabe des Organisors, draußen in den Landesverbänden zu wirken. Der Bundesgeschäftsführer selbst müsse in Bonn bleiben, um an Ort und Stelle entscheiden zu können.

Lubbers wies darauf hin, daß der vorliegende Plan geändert werden müsse, wenn nicht der Referatsleiter, sondern der Organisationsmann Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers sein sollte.

Holzapfel empfahl, über den Referatsleiter zuletzt zu sprechen.

Schreiber meinte, es fehle ein Werbeleiter für die Werbung von Mitgliedern. Die Ansicht der meisten Vorstandsmitglieder war, daß diese Aufgabe dem Organisationsleiter zufalle.

Adenauer erklärte die Pflege der Beziehungen zu ausländischen Schwesterparteien für eine der vordringlichsten Aufgaben. Auf eine Bemerkung Dr. Holzapfels, daß dies die Aufgabe des Bundesgeschäftsführers sei, war die allgemeine Auffassung, daß für diese Aufgabe eine eigene Kraft in der Bundesgeschäftsstelle vorhanden sein müsse. Es wurde ferner die Frage erörtert, ob diese Aufgabe nicht besser einem Vertreter der Fraktion oder einem Mitglied des Vorstandes übertragen werden solle, da dieser größere politische Autorität haben würde als ein Angestellter der Bundesgeschäftsstelle.

Dr. Adenauer wollte den größten Wert auf die Auswertung der Ergebnisse von Auslandsreisen der Politiker gelegt wissen.

Majonica empfahl den Sekretär der Jungen Union – *Ziegler*¹⁹ –, der aber allgemein abgelehnt wurde.

18 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1930–1933 Stadtverordneter in Königsberg (Zentrum), Mitgründer der CDU Hamburg, 1946–1949 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen (Memoiren: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde. München 1964/65).

19 In der Vorlage: Zimmer. – Helmut Ziegler (geb. 1921), 1948–1954 Bundessekretär der Jungen Union, seither CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Für die Auslandsbeziehungen soll eine besondere Kraft im Stellenplan der Bundesgeschäftsstelle vorgesehen werden.

Zur Frage des Bundesgeschäftsführers meinte *Kaiser*, mit der Berufung von Blank könne man wohl nicht mehr rechnen.

Adenauer hielt eine Berufung von Blank doch noch für möglich.

Kaiser erklärte die Besetzung des Bundesgeschäftsführerpostens für vordringlich. Er empfahl Prof. Möbus²⁰ für diese Aufgabe.

Adenauer sagte, man solle keinen Professor wählen und nicht einen Mann aus dem Osten. Der Schwerpunkt der CDU liege im Süden und Westen. Der Bundesgeschäftsführer müsse außerdem keine Politik treiben, sondern er müsse den Apparat der Partei leiten.

Hilpert betonte, dies müsse ein Mann sein, der die Verhältnisse in Westdeutschland und die Verhältnisse innerhalb der CDU genauestens kenne.

Dieser Ansicht schloß sich auch *Simpfendorfer* an.

Adenauer erklärte, Blank habe in Westfalen hervorragend gearbeitet. Es sei auch mit Blank ein Abkommen versucht worden, wonach Blank vier Tage der Woche in Bonn und die übrigen Tage in Westfalen arbeiten solle. Man habe den Bundesgeschäftsführer ja geradezu mit der Laterne gesucht. Der Unfall Blanks habe alle Verhandlungen ins Stocken gebracht. Darum habe er Lubbers gebeten, die Leitung der Bundesgeschäftsstelle kommissarisch zu übernehmen. Man werde auf Blank sicherlich noch zurückkommen.

Bach erklärte, Blank würde sofort kommen, wenn ihn Westfalen freigäbe. Evtl. habe man in Westfalen auch einen Ersatz für ihn.

Adenauer erklärte Blank für die beste Lösung. Er bat die Vorstandsmitglieder, trotzdem nach einem geeigneten Mann weiterzusehen. An Vorschlägen wurden genannt Uhlenbrock²¹, Osnabrück, und aus Hessen Herr Rest²².

Es war einmütige Meinung des Vorstandes, weiter nach einer geeigneten Kraft als Bundesgeschäftsführer zu suchen.

Holzapfel erläuterte weiter den Stellenplan. Für das Ostreferat wurde Panzer²³ genannt.

20 Dr. Gerhard Möbus (1912–1965), Mitgründer der CDU in Sachsen-Anhalt (Halle), 1945 Professor in Jena und 1946 in Halle, 1947 Austritt aus der Ost-CDU aus Protest gegen die Absetzung Jakob Kaisers, 1950 Flucht nach Berlin (West), 1952 Professor in Berlin, Direktor des wissenschaftlichen Forschungslehrestabs der Schule der Bundeswehr für Innere Führung.

21 Hans Uhlenbrock (geb. 1915), Kaufmann, Geschäftsführer des CDU-Bezirksverbands Osnabrück.

22 Friedrich Rest, 1949–1950 Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Korbach, 1950 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hessen.

23 Hans Panzer (geb. 1899), 1945–1948 Vorsitzender der CDU Eisenach, 1951–1959 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Kather nannte für das Vertriebenenreferat die Herren *Beyer*²⁴ und *Kitlas*²⁵. Die Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen habe sich noch nicht für einen der beiden entschieden.

Hilpert bat, bei der Stellenbesetzung auch den südwestdeutschen Raum zu berücksichtigen.

Auch *Simpfendörfer* richtete die gleiche Bitte an den Vorstand.

Kitlas und *Beyer* wurden beide als gute Kräfte bezeichnet. Evtl. soll *Kitlas* das Organisationsreferat übernehmen.

Holzappel erläuterte dann das unklare Verhältnis mit *Schmalz*. Außerdem berichtete er über die weitere Verwendung der Herren *Dr. Zimmermann*²⁶ und *Brands*²⁷. *Brands* soll zum Landesverband Rheinland-Pfalz als Landesgeschäftsführer kommen. Eine längere Debatte entspann sich über *Dr. Zimmermann*, über dessen zweckmäßigste Verwendung man sich nicht klar war, jedoch bestand Einigkeit darüber, *Dr. Zimmermann* zweckmäßig einzubauen. Vorläufig soll mit ihm über eine befriedigende Regelung verhandelt werden.

Bach berichtete über ein Abkommen mit *Schmalz*, wonach *Schmalz* bis zum 1. Juli sein Gehalt bekommen soll, außerdem einige Beträge zur Abwicklung der Zonengeschäftsstelle. Insgesamt erfordert die Regelung DM 8.000,-, die vom Vorstand bewilligt wurden.

Eine weitere Debatte entwickelte sich über die Besetzung des Kulturreferates, für das *Studienrat Schmauch*²⁸ vorgeschlagen ist. Er wurde im allgemeinen gut beurteilt, jedoch wurde insbesondere von *Dichtel*, *Hilpert* und *Simpfendörfer* zu bedenken gegeben, ob hierfür statt eines Mannes aus dem Osten nicht besser ein Mann aus dem Westen vorgesehen werden könne.

Adenauer stellte die Frage, ob nicht eine evangelische und eine katholische Kraft für das Kulturreferat vorgesehen werden müsse.

Dichtel schlug als evangelische Kraft *Dr. Bollinger*²⁹ vor. Außerdem müsse in der Partei die Kulturpolitik mehr nach außen getragen werden. Wenn wir auch

24 In der Vorlage: *Baier*. – *Dietrich Beyer* (geb. 1913), 1951–1959 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

25 In der Vorlage: *Kittler*. – *Erich Kitlas* (1901–1983), 1945–1951 Kreisgeschäftsführer CDU Krefeld, 1951–1955 Referent in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, anschließend Mitarbeiter „Kuratorium Unteilbares Deutschland“.

26 *Dr. Karl Zimmermann* (1899–1968), vor 1933 Generalsekretär des Katholischen Beamtensbundes und der Deutschen Kolpingfamilie, Mitgründer der CDU Köln, 1945–1946 Generalsekretär und 1950–1951 Leiter der politischen Bildungsarbeit des CDU-Zonenausschusses der britischen Zone, 1953–1968 Leiter des Seminars für Staatsbürgerkunde in Olpe.

27 In der Vorlage: *Branz*. – *Willi Brands* (1896–1979), 1919 Mitgründer des Zentralverbands Christlicher Angestellter in den Christlichen Gewerkschaften, 1919–1933 Windthorstbund, Mitgründer der CDU Lübbecke (bis 1950 Kreisgeschäftsführer), 1946–1951 Mitglied des Kreistages Lübbecke, 1951–1975 CDU-Bundesgeschäftsstelle.

28 Biographische Angaben nicht zu ermitteln.

29 Biographische Angaben nicht zu ermitteln.

schon nicht als Partei die ganze politische Macht in Händen hätten, so seien wir aber doch stark genug, um unsere Kulturforderungen durchzusetzen.

Bach schlug vor, ein Bundesprüfungsamt für die Landesgeschäftsstelle[n] einzurichten.

Hilpert erklärte unter allgemeiner Zustimmung, das sei Sache des Organisationsleiters.

Holzappel empfahl dringendst, die Ausschubarbeit voranzutreiben. Jedes Referat müsse von einem zugehörigen Ausschuß gesteuert und befruchtet werden.

Punkt 4 der Tagesordnung wurde wegen der Abwesenheit Dr. von Brentanos abgesetzt³⁰.

Dichtel schlug vor, der Pressefrage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, besonders in den Landesverbänden, in denen keine CDU-Presse vorhanden sei.

Bach stellte die Frage, ob die bisher an den Kreisverband Bonn gezahlten DM 500,- monatlicher Zuschuß weitergezahlt werden müssen.

Auf Vorschlag [von] Dr. Adenauer wurde beschlossen, den Zuschuß bis einschließlich Mai zu zahlen. Johannes Albers soll aber mit der Kreispartei Bonn wegen der Ordnung ihrer finanziellen Verhältnisse verhandeln.

Holzappel fragte, ob DM 2.000,- Anteile des Abgeordneten Prof. Wahl³¹ am Korrespondenz-Verlag in Königstein von der Bundespartei übernommen werden sollen.

Über die Frage soll nach genauer Prüfung noch einmal verhandelt werden.

Der Bundesschatzmeister erhielt die Genehmigung, für eine Tagung des Kreisverbandes Wiesbaden einen Kostenvorschuß zu zahlen, der durch „Wirtschaftsbild“-Werbung wieder hereingeholt wird.

Bach stellte die Frage, ob durch die Berufung von Lubbers die Aufgabe des 5er-Ausschusses beendet sei oder nicht.

Adenauer erklärte, Lubbers sei mit der kommissarischen Leitung der Bundesgeschäftsstelle beauftragt, der 5er-Ausschuß dagegen mit dem organisatorischen Aufbau der Gesamtpartei.

Holzappel erklärte, er werde alle laufenden und technischen Dinge dem kommissarischen Bundesgeschäftsführer übergeben. Wenn dieser Rat brauche, stehe der 5er-Ausschuß jederzeit zur Verfügung.

Majonica beantragte, den Vorstand mindestens einmal im Monat zusammentreten zu lassen.

30 Vorgeesehen war eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Partei und Bundestagsfraktion.

31 Dr. Eduard Wahl (1903–1985), Professor für Privatrecht, 1949–1969 MdB (CDU, 1953–1957 Vorsitzender des Ausschusses für Besatzungsfolgen), 1952–1964 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, 1961–1969 Mitglied (ab 1966 Vizepräsident) der Beratenden Versammlung des Europarats. – Hintergründe des Verhältnisses zum „Korrespondenz-Verlag“ nicht zu ermitteln.

Auf Vorschlag [von] Dr. Adenauer wurde beschlossen, mindestens alle sechs Wochen, bei Bedarf aber öfter, den Vorstand einzuberufen.

Zum 70. Geburtstag des Prälaten Kaas³² am 23. Mai sollen auf Vorschlag Dr. Adenauers von der Bundespartei geeignete Schritte unternommen werden, um Prälat Kaas für die CDU zu reklamieren und zu verhindern, daß das Zentrum mit ihm Reklame macht.

Es folgt Mittagspause von einer Stunde.

In der Nachmittagssitzung berichtete *Zimmer* über die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz³³. Er gab den bekannten Zahlenvergleich und berichtete über die bisherigen Verhältnisse im Landtag. Bei den Wahlen sei das Hauptthema die Bundespolitik gewesen, insbesondere die Frage der Kohlenversorgung und der Preise. Die Außenpolitik sei kaum ins Gewicht gefallen. Hauptargumente seien die täglichen persönlichen Erschwernisse der einzelnen Menschen gewesen. Der Landesverband werde aus den Wahlen die Lehre ziehen. Bisher sei Altmeier³⁴ Ministerpräsident und Vorsitzender gewesen. Dies aber sei nicht praktisch, man werde in Zukunft anders verfahren. Dr. Zimmer erläuterte dann im einzelnen die Stimmen- und Mandatsverschiebung und kritisierte vor allem, daß das Zentrum trotz nur 20.000 erhaltener Stimmen der CDU drei Mandate zerschlagen habe³⁵. In den Grenzlandkreisen habe die Notgemeinschaft³⁶ Verluste gebracht wie die Agitation von Nordrhein-Westfalen. Die SPD habe 4 % Stimmen von den Kommunisten bekommen, aber das gleiche an die FDP abgegeben. Die FDP habe an das materielle Interesse der Menschen appelliert in einer ähnlichen Form wie die NSDAP und damit viele Stimmen an sich gezogen. In Trier habe der „Christliche Generalanzeiger“³⁷ durch seine Hetze gegen Altmeier Stimmenverlust zur Folge gehabt. Der größte Fehler sei aber gewesen der Mangel an Organisation. Insgesamt gesehen sei die Politik der Bundesregierung durch die Wahl anerkannt worden. Daraus werde die CDU bei der

32 Dr. Ludwig Kaas (1881–1952), 1919–1920 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1933 MdR und Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1928–1933 Vorsitzender der Zentrumspartei, 1935 Kanonikus von St. Peter, Vatikanstadt. Vgl. Georg MAY: Ludwig Kaas. 3 Bde. Amsterdam 1981/82; DERS. in RHEINISCHE LEBENSBIlder 10 S. 223–236.

33 Ergebnis der Landtagswahl vom 29. April 1951: CDU 39,2 %, SPD 34,0 %, FDP 16,7 %, KPD 4,3 %, GB/BHE 1,9 %, Sonstige 3,9 %. Sitzverteilung im Landtag von Rheinland-Pfalz: CDU 43, SPD 38, FDP 19; nach dem Wahlergebnis vom 18. Mai 1947 war die Sitzverteilung: CDU 48 (47,2 %), SPD 34 (34,3 %), FDP 11 (9,8 %), Sonstige 8 (8,7 %). Vgl. FAUL S. 353f.

34 Peter Altmeier (1899–1977), 1929–1933 Stadtverordneter in Koblenz (Zentrum), Mitgründer und 1947–1966 Landesvorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, 1946 Regierungspräsident von Montabaur, 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (1948–1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr). Vgl. Rudolf MORSEY in LEBENSBIlder 6 S. 200–213.

35 Das Zentrum, das bei der ersten Landtagswahl vom 18. Mai 1947 nicht angetreten war, hatte 29.816 Stimmen, d.h. 2,1 %, erhalten (FAUL S. 354).

36 Die Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter (NGK) erhielt 0,7 % Stimmen.

37 Nicht zu ermitteln.

Regierungsbildung die Konsequenz ziehen. Bei den Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß die FDP trotz ihrer geringeren Mandatszahl weit höhere Forderungen gestellt habe als die SPD. Sie fordert das Innenministerium, das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Die CDU sei bereit, der FDP das Justiz- und Wirtschaftsministerium zu geben oder statt eines dieser Ministerien noch das Finanzministerium. Verhandlungen seien aber ohne Erfolg geblieben. Die CDU habe dann mit der SPD verhandelt und festgestellt, daß sie trotz mehr Mandaten mit der gleichen Regierungsbeteiligung wie bisher zufrieden sei. Die CDU wolle die Frage der Ländergrenzen unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten behandeln. Die FDP aber wolle das Land Rheinland-Pfalz auflösen. Dr. Zimmer hoffte, daß mit der FDP doch eine Koalition zustande komme, aber er gab ihr keine lange Dauer. Die CDU werde Altmeier als Ministerpräsidenten, Zimmer als Innen- und Kultusminister und Stübinger³⁸ als Landwirtschaftsminister präsentieren. Seltsam sei, daß die SPD genügend qualifizierte Kandidaten für Ministerposten habe, während man bei der FDP Personalschwierigkeiten feststellen müsse.

Adenauer erklärte, die Wahl in Rheinland-Pfalz sei schon deshalb gut ausgefallen, weil nur drei Parteien in den Landtag gekommen seien. Außerdem gebe es dort keine Zersplitterung und keine Radikalen, deshalb könne die CDU mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein.

Albers bemängelte, daß in Rheinland-Pfalz die Menschen nicht recht angesprochen worden sind. Er erinnerte an die primitive Agitation der SPD, die guten Erfolg hatte. Außerdem habe die Gewerkschaftspresse mit der Herausstellung von SPD-Gewerkschaftern und der Verschweigung der CDU-Gewerkschafter sehr zugunsten der SPD in den Wahlkampf eingegriffen.

Zimmer gibt *Albers* recht. Die Wahlen seien von Gewerkschaften und SPD bereits im Winter in den Betrieben gemacht worden.

Kaiser erklärte, der Vorstand habe die Pflicht, Dr. Zimmer zu sagen, daß die CDU auf den Landesverband Rheinland-Pfalz stolz sein könne. Die Wahl sei gut verlaufen. Allerdings müsse die Frage des Zentrums bereinigt werden.

DIE NIEDERSACHSEN-WAHLEN

*Cillien*³⁹ berichtete über die Landtagswahl in Niedersachsen⁴⁰. Die evangelischen Gebiete seien mehr gefährdet gewesen als die katholischen. In den katholischen Ge-

38 In der Vorlage: Straubinger. – Oskar Stübinger (geb. 1910), Mitgründer der CDU, 1946–1970 MdL Rheinland-Pfalz, 1947–1968 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten von Rheinland-Pfalz, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

39 Adolf Cillien (1893–1960), Oberkirchenrat, Mitgründer der CDU, 1946–1951 MdL Niedersachsen (Fraktionsvorsitzender), 1949–1960 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1953–1960 MdB (stv. Fraktionsvorsitzender). Vgl. Arnold FRATZSCHER in CHRISTLICHE DEMOKRATEN S. 85–104.

40 Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Mai 1951: CDU/DP 23,8 %, SPD 33,7 %, FDP 8,4 %, KPD 1,8 %, GB/BHE 14,9 %, SRP 11 % (FAUL S. 347).

bieten habe die CDU ihre Position gehalten. Die SPD habe alle Machtmittel im Wahlkampf eingesetzt. Die Niedersächsische Union⁴¹ sei durch die Nichtbeteiligung der FDP sehr behindert gewesen. Insbesondere hätten Stegner⁴² und Onnen⁴³ jede gemeinsame Arbeit sabotiert⁴⁴. Die Frage der Zweckmäßigkeit der Niederdeutschen Union sei dadurch beantwortet, daß das Wahlgesetz kaum eine andere Wahl gelassen habe. Ein getrennter Wahlkampf von DP und CDU hätte einen verheerenden Ausgang gehabt. Als positiv sei die Leistung zu bewerten, in wenigen Wochen zugleich die Niedersächsische Union zu schaffen und den Wahlkampf durchzuführen. Auch hier hätten die Schwierigkeiten bei der Organisation gelegen. Trotzdem habe man 4.000 Wahlversammlungen durchgeführt. Der Besuch war im Durchschnitt schlecht mit Ausnahme der Versammlungen, in denen prominente Politiker sprachen. Kohlen und Preise seien auch in Niedersachsen die Hauptthemen gewesen. Auch in Niedersachsen habe die SPD die infame Gegenüberstellung gebraucht: Adenauer bedeutet Krieg, SPD bedeutet Frieden. Die SPD habe seit Jahren so maßlos in Niedersachsen gehetzt, daß die SRP leichtes Spiel gehabt hätte⁴⁵. Wenn man alles das beachte, sei der Mißerfolg der Niederdeutschen Union nicht so groß, wie er auf den ersten Blick erscheine. Die CDU insbesondere habe die spezifischen CDU-Gebiete gehalten. Cillien schilderte dann Einzelheiten aus dem Wahlkampf, insbesondere kleine taktische Manöver wie das plötzliche Zurückziehen von Kandidaten usw., wodurch der Wahlkampf ungünstig beeinflußt worden sei. Die Regierungsbildung werde sehr schwer sein. Kopf⁴⁶ würde am liebsten eine Koalition mit der Niederdeutschen Union machen. Es spreche aber sehr viel gegen eine Beteiligung der Niederdeutschen Union an einer Regierung⁴⁷ Kopf. Die Niederdeutsche Union würde sich in einer solchen Koalition verbrauchen. Die Niederdeutsche Union selbst sei nicht in der Lage, die Regierung zu bilden, da man über eine Tolerierung durch die SRP nicht zu diskutieren

41 Sitzverteilung im Landtag von Niedersachsen: DP/CDU (Niedersächsische Union) 35, SPD 64, FDP 12, KPD 2, GB/BHE 21, SRP 16 (EBD.).

42 Artur Stegner (geb. 1907), 1946 Mitglied des Stadtrates und Kreistages Holzminden (FDP), 1948–1954 Vorsitzender der FDP Niedersachsen, 1948–1953 Mitglied des FDP-Bundesvorstands, 1949–1957 MdB (bis 1954 FDP, dann fraktionslos, 1957 GB/BHE), 1951 MdL Niedersachsen.

43 Alfred Onnen (1904–1966), 1947–1954 stv. Vorsitzender der FDP Niedersachsen, 1952–1953 Mitglied des FDP-Bundesvorstands, 1949–1957 MdB.

44 Stegner und Onnen zählten zum „rechten“ Flügel der niedersächsischen FDP, der erhebliche Vorbehalte gegenüber der Politik Adenauers hatte und vor allem der Westintegration skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. Vgl. ROTH S. 69f.; RÜTTEN S. 226–256; MARTEN S. 231ff.

45 Die SRP hatte im ersten Anlauf 16 Sitze im Landtag Niedersachsen erreicht.

46 Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961), 1919 SPD, 1928–1932 Landrat im Kreis Hadeln, 1945–1946 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1946–1955 und 1959–1961 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1947 und 1957–1959 Innenminister und stv. Ministerpräsident. Vgl. Thilo VOGELSANG: Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen. Hannover 1963; Günter PIPKE in DEMOKRATEN S. 184–195.

47 In der Vorlage: Beteiligung.

brauche. Es bliebe also eine Koalition SPD/BHE. Dadurch würde die Niederdeutsche Union als Opposition eine sehr schwache Stellung bekommen. Bedenklich sei auch, daß in der NU-Fraktion 19 Bauern sitzen. Mit dem Zentrum sei keine Verständigung mehr möglich. Zu bemängeln sei, daß der Bischof von Hildesheim⁴⁸ im Wahlkampf eine durchaus unklare Haltung eingenommen habe. Cillien bemängelte, daß die CDU in Niedersachsen über keine Zeitung verfüge. Sie sei also publizistisch machtlos.

*Hofmeister*⁴⁹ ergänzte die Ausführungen Cilliens. Wenn die NU nicht gegründet worden wäre, hätte die SPD mindestens 80 Sitze in direkter Wahl bekommen. Hofmeister erläuterte dann eingehend die Stimmenverschiebungen und ihre Ursache. Wäre die FDP der NU beigetreten, so hätte diese mindestens 16 Sitze in direkter Wahl mehr bekommen. Es bestehe der starke Verdacht, daß diese Fusion infolge einer Besprechung Stegner-Kopf verhindert worden sei. Theoretisch sei eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien von NU bis SRP möglich. Politisch aber sei diese Frage überhaupt nicht diskutabel. Abschließend bedauerte Dr. Hofmeister, daß Cillien aus persönlichen Gründen kein Mandat angenommen habe.

Adenauer schließt sich diesem Bedauern an, hofft aber, daß Herr Cillien seine Kraft und seinen guten Rat weiter der Partei und Fraktion zur Verfügung stellen werde. Im ganzen sei er über die Wahl anderer Auffassung als Cillien und Hofmeister. Der Grund des schlechten Wahlausganges liege darin, daß das Ansehen der CDU Jahre hindurch durch schwere Fehler geschmälert worden sei. Der schwerste Fehler war es, Gereke⁵⁰ in der CDU an hervorragender Stelle herauszustellen. Als er vor Jahren von der Absicht hörte, Gereke zum Vorsitzenden zu machen, habe er in Hannover die Niedersachsen geradezu angefleht, das nicht zu tun. Dr. Adenauer schildert dann im einzelnen das Wirken Gerekes⁵¹. Er erklärte, man könne nicht verlangen, daß der Wähler zu einer Partei Vertrauen habe, in der solche Dinge vorkommen können. Auch die NU sei für den Wähler nicht attraktiv, da sie in ihrer Haltung nicht konsequent sei. Für das Gefährlichste in Niedersachsen halte er die SRP. Ihr Anwachsen habe das Ansehen im Ausland sehr geschädigt. Die Bundesre-

48 Joseph Godehard Machens (1886–1956), Bischof von Hildesheim.

49 Dr. Werner Hofmeister (1902–1984), vor 1933 DVP, Mitgründer der CDU, 1947–1948 Kreisvorsitzender der CDU Braunschweig, 1947–1967 MdL Niedersachsen (1955–1957 Landtagspräsident), 1947–1950 und 1957–1959 Justizminister von Niedersachsen, 1949 MdPR.

50 Dr. Günther Gereke (1893–1970), 1919–1922 Landrat in Torgau, 1924–1928, 1930–1932 MdR (bis 1928 DNVP, dann Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), 1945 Leiter der Innenabteilung der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt, 1946–1947 Innenminister und 1948–1950 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und stv. Ministerpräsident von Niedersachsen, 1948–1950 Vorsitzender der CDU Niedersachsen, 1950 Rücktritt aus dem Kabinett und Ausscheiden aus der CDU, Bildung einer neuen Partei „Deutsche Soziale Partei“, 1952 Übersiedlung in die DDR, dort bis 1969 Präsident der Zentralstelle für Zucht und Leistungsprüfungen der Vollblut- und Traberperde (Memoiren: Ich war königlich-preußischer Landrat. Berlin-Ost 1969).

51 In der Vorlage: Adenauer.

gierung sei fest entschlossen, diese und andere rechtsradikale Bewegungen mit allen Mitteln, notfalls durch neue Gesetze, zu unterdrücken. Mit den Rechtsradikalen dürfe die Niedersächsische Union [weder] direkt noch indirekt auch nur das geringste zu tun haben. Wenn DP-Kreise mit der SRP liebäugelten, so sei das ein Vergehen am deutschen Interesse, und das Band mit der DP müsse sofort gelöst werden. Dr. Adenauer kritisierte dann sehr das Auftreten Dr. Ehrichs⁵² als Wahlleiter. Die Frage, ob die NU bestehen bleiben solle, müsse in Ruhe überlegt werden. Dr. Adenauer vertrat die Auffassung, die CDU müsse in Niedersachsen und auch in Schleswig-Holstein und Hamburg ganz neu aufgezo-gen werden.

In Schleswig-Holstein tobe ein erbitterter Kampf zwischen Schröter und Bartram⁵³. Gegen Schröter würden zahlreiche persönliche Vorwürfe vorgebracht. Er habe Schröter aufgegeben, die Ehrengerichtsakten ihm zu überlassen, damit sie durch das Ehrengericht der Gesamt-CDU überprüft werden könnten. Die Schleswig-Holstein'sche CDU habe nichts mehr mit Weltanschauung zu tun. In Hamburg sei die Arbeit der CDU sehr lahm. Das alles habe sich auch auf Niedersachsen ausgewirkt. Man müsse gut überlegen, wie man den Neuaufbau der CDU im Norden vornehmen könne. Die SPD habe sich im Wahlkampf niederträchtig benommen. Durch das Wahlgesetz⁵⁴ sei die SRP ungestört geblieben. Zwar habe das Innenministerium gegen die SRP vorgehen wollen. Jedoch habe Kopf dies im Interesse der SPD verhindert. Die NU sollte der SPD bei der Regierungsbildung keinesfalls helfen. Die NU habe eine sehr starke Oppositionsstellung. Sie dürfe nicht in die Regierung gehen, sondern müsse die Verantwortung der SPD allein überlassen. Die SRP könne getrost der Bundesregierung zur Vernichtung vorbehalten werden.

Nach kurzer Debatte über die Rolle Gerekes stellte *Majonica* den Antrag: Fusionen und Wahlbündnisse können nicht allein Sache der Landesverbände sein, sondern dürfen nur mit Zustimmung der Bundespartei vorgenommen werden.

Majonica erklärte weiter, er halte es wegen der rechtsradikalen Haltung der FDP in Niedersachsen für gut, daß sie nicht der NU beigetreten sei. Der Wahlleiter

52 Dr. Werner Ehrich (1901–1975), 1929–1932 Generalsekretär der DDP Weser-Ems, 1951–1955 Syndikus der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft, 1955–1967 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (Vorsitzender der FDP-Fraktion).

53 Dr. Walter Bartram (1893–1971), 1920–1933 DVP, seit 1946 CDU, 1950–1951 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1952–1957 MdB. – Bartram beschuldigte Schröter, Wahlgelder unterschlagen zu haben; der Vorwurf wurde als unbegründet zurückgewiesen. Schröter warf Bartram daraufhin parteischädigendes Verhalten und „politische Unfähigkeit“ vor (Eröffnung eines Ehrengerichtsverfahrens am 27. Mai 1951); er erwog, Bartram durch eine Koalition der CDU mit der SPD auszubooten („Rheinischer Merkur“ vom 8. Juni 1951; OTZEN S. 271).

54 Das niedersächsische Wahlgesetz vom 13. März 1947 war am 31. Dezember 1950 geändert worden (GVBl 2 Nr. 6 vom 6. März 1951 S. 15). Es sollte die stärkste Partei begünstigen, deren Möglichkeiten durch Wahlabkommen der nächstfolgenden Parteien eingeschränkt werden konnten. Vgl. ROTH S. 22–25; zur Bewertung des Wahlergebnisses EBD. S. 75–82.

Dr. Ehrich habe absolut versagt. Die Kandidaten seien sehr wenig sorgfältig ausgesucht gewesen.

Auf Fragen aus dem Vorstand wurde festgestellt, daß im neuen Niedersächsischen Landtag die CDU 13 Mandate habe, ein Abgeordneter der NU sei neutral, die übrigen gehören zur DP.⁵⁵

Kaiser warf die Frage auf, ob sich die CDU im Norden halten könne. Er sei von vornherein gegen die NU gewesen. Fusionen derart seien politisch für uns nicht möglich. Schon die Koalition mit der DP sei im Bund eine starke Belastung für die CDU. Die CDU sei keine bürgerliche Partei alten Sinnes, und daran müsse man festhalten. Auf die Frage, was weiter geschehen solle, antwortete der Minister, die CDU müsse einen großen politischen Akt setzen, um die Menschen wieder an sich zu ziehen. Minister *Kaiser* erklärte weiter, er sei nicht nach Niedersachsen gegangen, da er nach den Plakaten und der ganzen Wahlagitation für sich nicht so hätte zu den Menschen sprechen können, wie das notwendig gewesen sei. Wenn man in Zukunft Fragen der Fusion behandle, so solle der DP nicht die Konzession einer Niederdeutschen Union gemacht werden, sondern man müsse von ihr, wenn sie fusionieren wolle, das Aufgehen in der CDU verlangen. Das gleiche gelte auch für Verhandlungen mit dem Zentrum.

Holzappel vertrat die Meinung, die Frage der DP könne heute nicht abschließend behandelt werden. Sie bestehe aus zwei Gruppen. Die eine gehöre zur CDU, die andere Gruppe müsse als zu sehr rechtsradikal von uns abgelehnt werden. Als sehr nachteilig habe es sich in Niedersachsen erwiesen, daß Bezirke ohne CDU-Bundestagsabgeordnete stark vernachlässigt worden seien. Wenn man die Partei in Niedersachsen reorganisieren wolle, so müsse das ganz von unten beginnen. Die CDU-Bundestagsabgeordneten müßten Patenschaften in verwaisten Kreisen Niedersachsens und des westfälischen Randgebietes übernehmen. Eine große Gefahr sei, daß die SRP nun auf die Westfalen-Randgebiete übergreifen wolle. Hier müsse eingegriffen werden, bevor diese Aktion zu einem Erfolge gelange.

Cillien entschuldigte den Wahlleiter Ehrich. Er hob besonders den Wahlerfolg der NU in Wolfsburg⁵⁶ hervor, wo bisher die Rechtsradikalen unbestritten geherrscht hätten. Er hielt das für einen Beweis dafür, daß die Niederdeutsche Union sehr wohl die Arbeiter richtig angesprochen habe.

Kather hielt das Flüchtlingsproblem für eines der wesentlichsten im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Wahlkampf. Ein Sonderausschuß der CDU müsse sich intensiv mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigen. Beachten müsse man, daß

⁵⁵ Im Verhältnis zur Bundestagswahl 1949 hatte die NU landesweit ein Drittel der Stimmen (mehr als 400.000) verloren. Statt durch 57 Abgeordnete war die Fusionspartei nunmehr durch 35 Abgeordnete im Landtag vertreten. Vgl. ROTH S. 75f.

⁵⁶ Wahlergebnis in Wolfsburg: SPD 26,2 %, BHE 25,0 %, NU 27,1 %, SRP 11,2 %, DRP 4,4 %, FDP 3,4 %.

der BHE nicht einmal 50 % der Flüchtlingsstimmen in Niedersachsen erhalten habe. Die Hauptursache für das Abwandern der Flüchtlingsstimmen in Niedersachsen sei, daß man ihre Vertreter bei der Mandatsverteilung nicht genügend berücksichtigt habe. Die weitere Entwicklung hänge sehr von der Bundespolitik ab, insbesondere von den Gesetzen über Artikel 131 und den Lastenausgleich. Hierbei aber mache sich der Mangel einer politischen Koordination innerhalb der CDU bemerkbar. Diese politische Koordination sei auch Aufgabe des Vorstandes. Zu Schleswig-Holstein meinte Dr. Kather, eine neue CDU mit Schröter sei unmöglich. Schröter habe so viel an Boden verloren, daß er sich nicht mehr halten könne.

Albers verlangte, die CDU müsse sich auf die Quellen ihrer politischen Idee besinnen. Fusionen wie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein brächten die Wähler in Gewissenskonflikte. Die CDU müsse sich überall, selbst unter den schwierigsten Umständen, als eigene Partei herausstellen. Nur so könne man vom Wähler verlangen, daß er für die CDU kämpfe.

*Gröwel*⁵⁷ verlangte, die Frauenarbeit in der Partei stärker zu aktivieren. Besonderes Augenmerk müsse der Betreuung der Frau im vordemokratischen Raum gewidmet werden.

Adenauer empfahl, in einer besonderen Vorstandssitzung einmal zu besprechen:

1. die Verhältnisse in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen;
2. das Verhältnis der Bundestagsfraktion zur Partei unter besonderen Gesichtspunkten, daß a) die Parteiorganisation über die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht genügend orientiert sei und daß b) die Fraktion stärker beurteilt werden müsse durch die Parteiorganisationen, besonders die draußen im Lande.

Dr. Adenauer sprach Oberkirchenrat Cillien den besonderen Dank des Vorstandes für seine Arbeit aus und bat ihn, sich auch weiter der Partei zur Verfügung zu halten.

Dr. Adenauer äußerte sich dann im einzelnen zu den Vorwürfen gegen Schröter. Schröter solle durch einen Brief an eine englische Dienststelle den bisherigen Besitzer der „Kieler Nachrichten“ denunziert haben, um dadurch selbst zu maßgebendem Einfluß und Mitbesitz der Zeitung zu kommen. Ferner nehme er in der Vermögensauseinandersetzung über die „Kieler Nachrichten“ eine sehr unklare Haltung ein. Außerdem werde ihm vorgeworfen, er habe als Studienrat bei einer Marineanstalt gewirkt, sei dort wegen Disziplinarverfehlungen ausgeschieden und habe sich nach dem Zusammenbruch die Pension als Oberstudiendirektor bewilligen lassen. Schröter bestreite alle diese Vorwürfe. Er habe die verschiedenen Akten über die Vorfälle angefordert, um sie nachprüfen zu lassen, und nach dieser Prüfung werde über den Fall Schröter endgültig verhandelt werden können.

Kather erklärte, er habe bisher von diesen Vorwürfen gegen Schröter keine Kenntnis gehabt. Sein Kampf gegen Schröter werde nur aus rein politischen Grün-

57 Dr. Margarete Gröwel (1899–1979), Mitgründerin der CDU Hamburg, 1949–1953 MdB, 1953 Konsulin in Houston.

den geführt und gründe sich im wesentlichen auf den Bericht des Immunitätsausschusses des Bundestages⁵⁸.

Zum Abschluß der Vorstandssitzung berichtete *Adenauer* über die politische Lage etwa wie folgt:

Die Zahl der Arbeitslosen hat augenblicklich den gleichen Stand wie im August vorigen Jahres. Minister Storch⁵⁹ glaubt, daß in diesem Jahr die Zahl unter eine Million sinken wird. Trotz der Verringerung der Arbeitslosenzahl ist aber seltsamerweise in den letzten drei Monaten die Umsatzsteuer nicht mehr gestiegen.

Über den Wohnungsbau versicherte Minister Wildermuth⁶⁰, daß auch in diesem Jahr 350.000 Wohnungen gebaut werden einschließlich des Überhangs aus dem vorigen Jahr.

Zur Preisentwicklung ist zu sagen, daß die Preise im Ausland außer Zucker z.Z. rückläufig sind. Die Franzosen glauben fest, daß die Preiserhöhungen durch Käufe der Sowjetunion verursacht wurden, um dadurch auf dem Weltmarkt Verwirrung zu stiften. Bei uns werden die Preise noch leicht anziehen, da die Weltmarktentwicklung sich noch nicht voll ausgewirkt hat. Die Textilindustrie hat sich übermäßig mit Wolle eingedeckt. Mit einer Preisstabilisierung ist zu rechnen.

Kreditrestriktionen scheinen nicht mehr dringend notwendig. Es bestehen auch Meinungsverschiedenheiten über ihren Wert. Unsere Ausfuhr wird weiter ansteigen. Über die Devisenklemme sind wir besser hinweggekommen als geglaubt.

Das Kabinett hat gestern einige wichtige Beschlüsse gefaßt, darunter die Erhöhung der Beamtgehälter um 20 %, die Erhöhung der Renten und Pensionen ab 1. Juli um 25 %, die Selbstinvestition auf eine Milliarde durch die Industrie in den

58 Auf Antrag des Landesministers für Justiz von Schleswig-Holstein vom 8. Mai 1950 hob der Bundestag in seiner 66. Sitzung die Immunität Schröters auf (vgl. Sten. Ber. 1. WP Bd. 4 S. 2413–2415, 2447–2449). Gegen ihn waren Vorwürfe im Zusammenhang mit der Lizenzierung und Geschäftsführung der „Kieler Nachrichten“ erhoben worden; diese waren nach 1946 mit Geldern des früheren Herausgebers, des NSDAP-Mitglieds Dr. Heinrich, finanziert worden, so daß Schröter zusätzlich in den Verdacht der NS-Sympathie gerückt wurde. Schröter wurde rehabilitiert (zu Einzelheiten vgl. OTZEN); Entscheidung des Ehrengerichts der CDU Schleswig-Holstein vom 24. Mai 1951, das Schröter ebenfalls voll rehabilitierte in StBKAH 05.05 Akte IV.

59 Anton Storch (1892–1975), 1920–1933 Angestellter des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter, 1921–1933 Gauleiter des Christlichen Holzarbeiterverbandes in Hannover, 1931–1933 Vorsitzender des DGB (Landesverband Niedersachsen), 1946–1948 Leiter der sozialpolitischen Abteilung des DGB in der britischen Zone, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet (CDU), 1948 Direktor der Verwaltung für Arbeit, 1949–1965 MdB, 1949–1957 Bundesminister für Arbeit, 1957–1965 MdEP (Erinnerungen in ABGEORDNETE 2 S. 313–344). Vgl. Hans Günter HOCKERTS in LEBENSBIODER 4 S. 250–266.

60 Eberhard Wildermuth (1890–1952), 1946–1947 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und 1947–1949 Wirtschaftsminister (DVP) von Württemberg-Hohenzollern, 1949–1952 MdB (FDP) und Minister für Wohnungsbau. Vgl. Wilhelm KOHLHAAS: E. Wildermuth. Ein aufrechter Bürger. Bonn 1960.

Grundstoffindustrien⁶¹. Die Rentenverhältnisse müssen überprüft werden, insbesondere in der Richtung, wo Doppelrenten gezahlt werden.

Der Gesetzentwurf über die Investitionen ist gemeinsam mit der Wirtschaft erarbeitet worden. Wenn er funktioniert, dann wird er ein starkes Zeichen für das Verantwortungsbewußtsein der Wirtschaft sein. Ein solcher Entwurf ist noch in keinem Lande der Welt Gesetz geworden.

In der Koalition haben sich in der letzten Zeit schwere Auseinandersetzungen ereignet⁶². Die FDP war unerträglich. Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß in der FDP nun der verständige Kurs siegt. Die Koalition muß unter allen Umständen zusammenhalten bis zur nächsten Bundestagswahl. Man kann nichts an ihre Stelle setzen.

Man hat der Regierung verargt, daß sie gemeinsam mit dem DGB das Mitbestimmungsrecht für Kohle und Eisen in dieser Form zum Gesetz erhoben hat. Ich bin nicht dafür, daß dies ein Modellgesetz für die gesamte Wirtschaft ist. Kohle und Eisen sind aber ein Sonderfall, und ich verantworte dieses Gesetz nach wie vor. Bei der Behandlung der generellen Mitbestimmung muß aber die CDU festbleiben und darf nicht nachgeben. Ich bin der Auffassung, daß die Mitbestimmung in Kohle und Eisen politisch klug war; denn wir haben den DGB von der SPD getrennt. Der DGB wäre niemals für den Schumanplan⁶³ zu gewinnen gewesen, wenn er in der Frage der Mitbestimmung unterlegen wäre.

Die außenpolitische Lage ist sehr ernst. Ich habe jede Hoffnung auf ein Zustandekommen der Viererkonferenz aufgegeben. Es ist äußerst unklar, was aus dem Konflikt McArthur/Truman⁶⁴ werden wird. Die Sowjetunion rüstet weiter. 30 Divi-

61 Rentenzulagengesetz vom 10. August 1951 (BGBl I S. 505), Teuerungszulagengesetz vom 10. August 1951 (BGBl I S. 505), Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 6. Dezember 1951 (BGBl I S. 939), Gesetz über Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft (Entwurf BT-Drs. Nr. 2450 vom 7. Juli 1951) vom 7. Januar 1952 (BGBl I S. 7).

62 Offensichtlich Anspielung auf die Auseinandersetzungen um das Montanmitbestimmungsgesetz, das am 18. April 1951 verabschiedet wurde. Vgl. MÜLLER-LIST.

63 Am 9. Mai 1950 verkündeter Plan zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (vgl. Anm. 69). Zur Haltung und Entscheidung des DGB vgl. THUM: Mitbestimmung S. 100–104. – Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1919–1920 Abgeordneter, 1940 Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, 1944 Mitgründer des MRP, 1945–1946 Abgeordneter beider Konstituanten sowie 1946–1962 der Nationalversammlung, 1946–1947 Finanzminister, 1947–1948 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955–1956 Justizminister, 1955 Präsident der Europäischen Bewegung, 1958–1960 erster Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. Rudolf MITTENDORFER: Robert Schuman – Architekt des neuen Europa. Hildesheim/Zürich/New York 1983.

64 Douglas McArthur (1880–1964), 1945 Chef der Besatzungstruppen in Japan und Leiter der Militärregierung, 1950 Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte im Koreakrieg – am 11. April 1951 seines Postens enthoben, da er den Krieg eigenmächtig nach China auszudehnen drohte. Zur McArthur-Kontroverse vgl. AdG vom 11. April 1951 S. 2896f.; R. ROVERE/A. SCHLESINGER: The McArthur controversy and American foreign policy. New

sionen stehen nach wie vor in Sommerlagern in der sowjetisch besetzten Zone. Es gibt z.Z. keine Anzeichen für eine Verstärkung aus Rußland. Ein gutes Zeichen ist, daß sowohl die Engländer wie die Amerikaner dabei sind, gut ausgerüstete Divisionen in die Bundesrepublik zu schicken. Bis zum Herbst werden einige 100.000 Engländer und Amerikaner erstklassig ausgerüstet in Deutschland stehen.

Nach den französischen Wahlen wird man auch die Frage an uns stellen nach einem deutschen Verteidigungsbeitrag. Es kann sein, daß dies sehr bald der Fall sein wird. Wir wissen, daß Eisenhower⁶⁵ erklärt hat, Europa sei ohne unsere Hilfe nicht zu verteidigen. Wenn unsere Beteiligung akut wird, kann man zwar mit Freiwilligen anfangen, aber ein vorläufiges Kontingent von 250.000 Mann kann nur auf dem Wege über die Wehrpflicht aufgestellt werden. Alles dies wird mit größter Wahrscheinlichkeit noch in diesem Sommer akut. Wie sich die SPD dazu stellen wird, ist fraglich. Tatsache ist lediglich, daß Dr. Schumacher seit Wochen regelmäßig Generale zu Besprechungen um sich versammelt, und zwar jeweils verschiedene⁶⁶.

Die Politik der Bundesregierung zielt z.Z. ab auf einen Abbau des Besatzungsstatuts⁶⁷. Die Beratungen darüber werden in zwei Kommissionen geführt. Als Voraussetzung für alle weitere Politik habe ich den Petersberg⁶⁸ um eine Erklärung ersucht, daß Deutschland die volle Freiheit zurückgegeben werde. Es ist die Frage, ob eine solche Erklärung einseitig oder zweiseitig abgegeben werden soll und ob sie mit der Frage des Verteidigungsbeitrages verknüpft werden wird. Bereits vor der Pariser Konferenz⁶⁹ war eine solche Erklärung fast fertiggestellt. Aber England hat sich quergelegt. Überhaupt ist die englische Haltung sehr kritisch zu beurteilen. England legt sich quer gegenüber allen Bestrebungen zur Integration Europas. England fühlt sich mehr als ein Nachbar Europas denn als europäische Nation. Ich

York 1965. – Harry Spencer Truman (1884–1972), 1934–1944 Senator für Kansas, 1944–1945 Vizepräsident und 1945–1952 Präsident der USA.

65 Dwight David Eisenhower (1890–1969), 1941 Brigadegeneral, 1942 Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, 1945 Militärgouverneur in Deutschland, 1950–1952 Oberbefehlshaber und Leiter des obersten Hauptquartiers der NATO, 1953–1961 Präsident der USA. Vgl. Stephen E. AMBROSE: Eisenhower. The President. New York 1984.

66 Vgl. KLOTZBACH S. 217f.; SPEIDEL S. 275f.; SOELL 1 S. 143ff.; ANFÄNGE 1 S. 786f.

67 Das Besatzungsstatut vom 21. September 1949 war am 6. März 1951 revidiert worden (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission 1951 S. 792; vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 463–465).

68 Sitz der drei Alliierten Hohen Kommissare bei Königswinter.

69 12.–18. April 1951 (vgl. AdG vom 13. April 1951 S. 2899; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 428ff.). Am 18. April war der Vertrag über die Gründung der EGKS unterzeichnet worden; Text in EUROPA-ARCHIV 6 (1951) S. 3987–4133.

hoffe, daß der Besuch Morrisons⁷⁰ Gelegenheit geben wird, über diese Dinge zu sprechen und Englands Haltung positiver zu machen.

Unsere Finanzlage ist mehr als ernst. Schäffer ist verzweifelt. Aus Steuern ist nichts mehr zu erwarten. Im Gegenteil, die Bundesregierung ist der Auffassung, daß Steuern über das gegenwärtige Maß hinaus nicht mehr möglich sind. Ich versuche, dem Petersberg klarzumachen, daß die Konsolidierung der deutschen Finanzverhältnisse ein Beitrag ist zur inneren Sicherheit. Der Petersberg muß verstehen, daß die Besatzungskosten so weit erniedrigt werden müssen, daß die Bundesrepublik ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen kann. Wenn die innere Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist, ist auch die äußere Sicherheit in Frage gestellt.

Der Schumanplan wird für uns, für Europa von größter Bedeutung sein. Wir werden dadurch einen Markt für 150 Millionen Menschen schaffen. Wir werden frei werden vom Ruhrstatut, und die Stahlquote wird nicht mehr beschränkt sein. Auf dem Gebiete der Kohle und des Eisens werden wir in Europa gleichberechtigt sein. Die SPD ist blöd, wenn sie diesen Plan eine Verlängerung des Besatzungsregimes auf 50 Jahre nennt. Auch die Saarfrage wird über den Schumanplan zu einer besseren Lösung geführt. Das Endziel muß sein, das Saarvolk selbst entscheiden zu lassen. Kohle und Eisen der Saar wird durch den Schumanplan europäische Kohle und europäisches Eisen.

Dr. Adenauer berichtet dann über seine Verhandlungen in Paris⁷¹, deren Einzelheiten im wesentlichen bekannt sind. Zu Straßburg⁷² sagte Dr. Adenauer: Die Bundesrepublik ist im Ministerrat freundschaftlich aufgenommen worden. Wir haben einen großen Erfolg in der Flüchtlingsfrage errungen. Selbst Henderson⁷³ hat gegen den Willen seiner Berater seinen Einspruch zurückgezogen. Wenn wir den Europarat in seiner Entwicklung seit 1949 betrachten, so stellen wir eine sehr vorteilhafte Änderung zu unseren Gunsten fest. Leider ist eine Ausweitung des Statuts des Europarates nicht möglich, da auch die Engländer gegen jede Ausdehnung konsequent stimmen. Schuman hat einen eleganten Ausweg gefunden mit seinem Vorschlag, in offiziellen Zusammenkünften der Außenminister regelmäßig von Mann zu Mann über das zu sprechen, was lt. Statut nicht besprochen werden kann. Das ist besser, als wenn wir uns durch Botschafter gegenseitig unterrichten lassen.

70 Herbert Stanley Morrison (1888–1965), britischer Politiker (Labour Party); 1929–1931 Verkehrsminister, 1940–1945 Minister für Inneres und Sicherheit, 1945–1951 Lord President (Vorsitzender des Privy Council) und Führer des Unterhauses, 1951 Außenminister, 1951–1955 stv. Parteivorsitzender (B. DONOUGHUE/G.W. JONES: H. Morrison, *Portrait of a Politician*. London 1973; SHLAIM/JONES/SAINSBURY). – Morrison weilte vom 19.–21. Mai zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik (AdG 1951 S. 2948; ADENAUER: *Erinnerungen* 1 S. 495–500).

71 Vgl. Anm. 69. Vgl. auch ADENAUER: *Teegespräche* S. 57–84.

72 Sitzung des Ministerausschusses des Europarats vom 2. Mai 1951. Vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 1 S. 465–468.

73 Vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* 1 S. 492–495. – William Watson Henderson war 1948–1951 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

Mein Verhältnis zu Schuman ist ausgezeichnet. Schuman hat mir mehr als einmal gesagt, er habe die Saarpolitik nicht begonnen, sondern er habe sie übernommen. In allen europäischen Fragen betreiben Schuman und der italienische Außenminister⁷⁴ die gleiche Politik wie wir. Es gibt in Europa heute zwei Fronten. Auf der einen Seite stehen England und Schweden, auf der anderen Seite Frankreich, Italien, Deutschland und die anderen.

Vieles hängt vom Ausgang der französischen Wahlen ab⁷⁵. Leider hat infolge der Vorgänge in der französischen Kammer de Gaulle⁷⁶ bessere Aussichten. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß eine Regierung gebildet wird, die nicht auf de Gaulle angewiesen ist. Wir können nichts sehnlicher wünschen, als daß Schuman Außenminister bleibt.

Der Abschluß des Schumanplans hat eine außerordentlich gute Wirkung in den USA gehabt. Die Unterzeichnung war für die Frage entscheidend, ob Europa noch Kraft genug hat, sich aus eigenen Mitteln zu helfen. Die USA machen ihre Hilfe davon abhängig, und auch das ist ein Erfolg des Schumanplans.

Die Haltung der SPD zum Schumanplan ist borniert und antinational. Im Grunde aber glaube ich, daß die SPD froh ist, wenn der Schumanplan trotz ihrer Haltung ratifiziert wird.

Wir müssen nun für die nächsten Monate den Landesparteien laufend Material für den Schumanplan zur Verfügung stellen, damit wir die Diskussion darüber in der Öffentlichkeit mit Erfolg führen können. Die CDU muß ihre ganze Kraft setzen in die Fortführung der Politik der Bundesregierung.

Majonica sprach dem Bundeskanzler den Dank der Jungen Union für seine Außenpolitik aus.

Gröwel und *Dichtel* beantragen, der Vorstand möge dem Bundeskanzler den Dank der Partei für seine Politik aussprechen. Die beste Mitteilung für die Menschen draußen im Lande sei die, daß die Regierung die Grenze der steuerlichen Belastung festgestellt hat. Den Alliierten müsse gesagt werden, daß sich die Belastung durch ihre Divisionen in bescheidenen Grenzen halten müsse. Wohnungsbeschlagnahmen dürften unter keinen Umständen vorkommen. Die Regierung müsse eine starke Demonstration gegen die Besatzungskosten vor aller Öffentlichkeit ergeben.

Adenauer erklärte, die Frage der Besatzungskosten stehe im Mittelpunkt der Verhandlungen mit der Hohen Kommission. Man müsse feststellen, daß die Engländer in dieser Frage am einsichtigsten seien.

74 Carlo Graf Sforza (1872–1952), liberaler italienischer Politiker; 1920–1921 Außenminister, 1926–1943 in der Emigration, 1944 Minister ohne Geschäftsbereich, 1946 Abgeordneter der Konstituante, 1947–1951 Außenminister, Anhänger der westeuropäischen Integration.

75 Ergebnis der Wahl am 17. Juni 1951 in AdG 1951 S. 2987.

76 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. – Stellungnahme de Gaulles zu den Wahlen in AdG 1951 S. 2994.

Albers berichtete über Besprechungen mit dem amerikanischen Gewerkschafter *Reuther*⁷⁷, der festgestellt habe, die deutsche Aufbauarbeit sei beispiellos und der Schumanplan müsse für die gesamte internationale Politik positiv bewertet werden. Die geringen Vorbehalte der Gewerkschaften gegen den Schumanplan seien auszuräumen. *Albers* war entgegen der Meinung des Bundeskanzlers in bezug auf die Aussichten des Wohnungsbaues in diesem Jahr sehr skeptisch.

Kather begrüßte den Erfolg für die Flüchtlinge in Straßburg. Seine Frage, ob die beschlossene Rentenerhöhung auch die Unterhaltshilfe für die Flüchtlinge betreffe, wurde vom Bundeskanzler bejaht.

Simpfendörfer begrüßte freudig die Erfolge des Kanzlers und der Bundesregierung. Er verlangte, daß sie in der Öffentlichkeit besser als bisher herausgestellt werden.

Holzappel empfahl praktisch, jeden Tag eine Meldung in der Presse zu bringen, daß Organisationen dem Schumanplan zugestimmt haben. Vor allem müsse die Zustimmung des Vorstandes zur Politik Dr. Adenauers veröffentlicht werden. *Holzappel* erörterte dann noch die Frage der Räumung Oeynhausens⁷⁸.

Adenauer erklärte, die Regierung werde die Mittel zur Verfügung stellen, die für einen Verwaltungsbau britischer Behörden notwendig sei.

Gröwel bat, die Auseinandersetzungen zwischen den Ministern und im Kabinett nach Möglichkeit nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, da sie nicht gut wirkten.

Die Vorstandssitzung schloß gegen 18 Uhr mit einer allgemeinen Vertrauenskundgebung für Dr. Adenauer.

⁷⁷ Walter Philip Reuther (1907–1970), amerikanischer Gewerkschafter; 1946–1970 Präsident der United Automobile Worker Union, 1946 Vizepräsident und 1952 Präsident der CIO, 1955–1967 Vizepräsident der AFL/CIO.

⁷⁸ In Bad Oeynhausen befand sich, unter Leitung von Marschall Montgomery, das Hauptquartier der 21. alliierten Armeegruppe. Vgl. FÖRST S. 142f.; HÜTTENBERGER S. 37.